

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ...

### **Für eine Steuer- und Subventionspolitik, die endlich das Klima schützt, statt ihm zu schaden!**

Der Klimawandel stellt eine der größten globalen Bedrohungen dar, Deutschland will daher bis 2045 klimaneutral werden. Umso absurder ist es, dass heute noch etliche Steuer- und Subventionsregeln falsche Anreize setzen, statt klimafreundliche Investitionen und Verhaltensweisen zu belohnen. Besonders abwegig ist die bisherige Politik im Verkehrssektor, in dem in Summe die größten Fehlanreize gesetzt werden, obwohl dieser Sektor weit entfernt vom Erreichen der gesetzlichen Klimaziele ist. Häufig sind die Vergünstigungen dabei nicht nur mit Blick auf die Umwelt, sondern auch mit Blick auf soziale Gerechtigkeit problematisch. So profitieren von Subventionen für internationale Flugreisen und Dienstwagen sowie von der Entfernungspauschale vor allem Besserverdienende. Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung sieht teilweise sogar noch Ausweitungen dieser schädlichen Steuer- und Subventionspolitik vor. Stattdessen gilt es nun, diese Politik zulasten von Klima, Umwelt und Gerechtigkeit endlich zu korrigieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine gerechtere **Steuer- und Subventionspolitik** einzusetzen, die das Klima schützt, statt ihm zu schaden, und dabei

#### 1. im **Verkehrssektor**

- a. Flugreisen angemessen besteuert, insbesondere durch Kerosinbesteuerung und Mehrwertsteuer,
- b. die Entfernungspauschale durch ein Mobilitätsgeld ersetzt, das klimafreundlichen Verkehrsarten Vorrang einräumt,
- c. die Subventionen für Diesel streicht,
- d. die pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen streicht,
- e. stattdessen eine Angebotsausweitung im ÖPNV durch volle Kostenübernahme des Deutschlandtickets durch den Bund ermöglicht,

## 2. im Bereich **Landwirtschaft und Ernährung**

- a. darauf hinwirkt, dass die Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gezielt für klima- und umweltschützende Maßnahmen statt nach Betriebsgröße gezahlt werden,
  - b. die Mehrwertsteuer auf klimafreundliche Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Nüsse streicht, pflanzliche Alternativen zu Milch und Fleisch steuerlich besserstellt und tierische Lebensmittel nicht länger durch den reduzierten Satz subventioniert,
  - c. eine Systematik für eine Bepreisung von Treibhausgasemissionen auch für den Agrarsektor entwickelt und einführt, etwa durch Aufnahme in den Treibhausgas-Emissionshandel (ETS II),
  - d. auf eine Wiedereinführung der Steuervergütung für Agrardiesel verzichtet,
3. mit einem sozial gestaffelten **Klimageld** wegfallende Subventionen und Steuervergünstigungen für Menschen mit geringem Einkommen überkompensiert.

Philipp Bruck, Dr. Henrike Müller  
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN